

## **Protokollauszug**

Sitzung des Sozialausschusses vom 11.11.2021

---

---

### **TOP 4. Berichte der Verwaltung**

Herr Luckow berichtet zum Projekt "Inklusion vor Ort – Das Förderprogramm für einen inklusiven Sozialraum".

Es sollen in fünf Modellkommunen des Landes neue Inklusionsprojekte entstehen. Hierfür stehen bis zu fünf Millionen Euro über fünf Jahre zur Verfügung. 2,5 Millionen Euro davon kommen aus dem Fonds für Barrierefreiheit des Landes. Ebenfalls 2,5 Millionen Euro stellt die Aktion Mensch aus ihrem Programm für Inklusive Sozialraumförderung bereit. Es werden max. 5 Kommunen mit je bis zu 1 Million Euro gefördert.

Die Aktion Mensch wird sich mit bis zu 500.000 Euro pro Modellkommune beteiligen, beispielsweise durch die Finanzierung von Personal- und Projektkosten bei gemeinnützigen Organisationen. Das Land unterstützt investive Projekte mit bis zu 500.000 Euro je Kommune. Die Laufzeit beträgt 5 Jahre.

#### **Ziel des Vorhabens**

Das Land Schleswig-Holstein und die Aktion Mensch möchten erreichen, dass alle Menschen überall dabei sein können und sich zugehörig fühlen. Das Ziel sei die Weiterentwicklung einer Modellkommune hin zu einem barrierefreien, kinderfreundlichen und damit inklusiven Sozialraum. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen die beiden Fördergeldgeber\*innen gemeinsam in fünf Sozialräumen in Schleswig-Holstein jeweils zwei Netzwerkpartner\*innen (kommunal und freigemeinnützig) fördern, die dann gemeinsam ein inklusives Netzwerk aufbauen.

#### **Kriterien für eine Bewerbung**

Bewerber\*innen:

Dieser Aufruf richtet sich an interessierte Vertreter\*innen von Kommunen und freigemeinnützigen Organisationen in Schleswig-Holstein.

Erwartet wird eine gemeinsame Bewerbung von

1. einer Kommunalverwaltung und
2. einer freigemeinnützigen Organisation, die in derselben Kommune tätig ist. In begründeten Ausnahmefällen sind Bewerbungen möglich, zu denen sich mehrere Kommunalverwaltungen und / oder mehrere freigemeinnützige Organisationen zusammenschließen.

Für eine gemeinsame Bewerbung sind Unterschriften von mindestens drei weiteren Organisationen notwendig, die Interesse daran haben, an dem geplanten Vorhaben

mitzuwirken. Das können zum Beispiel Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Initiativen, Interessenvertretungen, Bürgervereine, Ortsverbände sein.

Die Ausschreibung startet am 15. September 2021 und endet am **31. Januar 2022**.

Bis Ende März 2022 sollen dann fünf Modellkommunen ausgewählt werden. Bei einem Treffen des Netzwerks Inklusion 3.0 am **1. Oktober 2021** hat das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt davon das erste Mal erfahren und es wurde das Interesse der Netzwerkteilnehmer\*innen bekundet, sich bei diesem Förderprogramm zu bewerben.

### **Zielgruppen:**

Für eine erfolgreiche Bewerbung wird erwartet, dass Menschen mit Behinderungen Teil des Zielgruppenspektrums sind, zu dem auch weitere Zielgruppen gehören. Weitere Zielgruppen könnten beispielsweise Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen oder Menschen mit Fluchterfahrung sein.

Im Umsetzungszeitraum soll ein inklusives Netzwerk aufgebaut werden. Die Netzwerkpartner\*innen sind für den Aufbau und die Organisation des Netzwerks verantwortlich. Das Netzwerk soll erweitert werden um Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, die gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Derzeit laufen verschiedene Maßnahmen parallel:

Gespräche mit dem Netzwerk Inklusion 3.0 und dem Netzwerk der Behindertenbeauftragten des Kreises.

Gespräche mit den Sportvereinen des Kreises, dem Kreissportverband und dem Landessportverband.

Überlegungen zur Unterstützung der Special Olympics mit Henstedt-Ulzburg. Stichwort Host Town

Inklusiver Sport in den Vereinen

Maßnahmen/Workshops zum Thema Barrierefreiheit (Kataster und Verwaltung)

Uvm.

Eine Idee wäre auch z.B., das Zeltlager Wittenborn barrierefreier zu gestalten und inklusive Ferienangebote anzubieten. Dazu würden Gespräche mit der VJKA stattfinden, der dann ein möglicher weiterer Kooperationspartner\*in sein könnte.

Kosten für den Kreis:

Wenn der Kreis Segeberg es in die Auswahl schaffen sollte, würden im Jahr 2022 ca. 10 - 15 T€ für den Kreis anfallen. Es müsste versucht werden, dies aus dem vorhandenen Budget abzudecken.

Näheres könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Es habe seit dem 01.10.2021 schon potentielle Kooperationspartner gegeben, die inzwischen nicht mehr zur Verfügung stünden. Erst seien Gespräche mit den Vertreter\*innen des Netzwerk Inklusion 3.0 geführt worden, die dann aufgrund mangelnder Ressourcen in einem negativen Ergebnis gemündet hätten. Eine Woche später habe sich durch Gespräche mit Vertreter\*innen der Stadt Kaltenkirchen und der Lebenshilfe Kaltenkirchen die Variante einer gemeinsamen Bewerbung ergeben. 3

Tage später habe die Stadt die Absicht erklärt, eine Bewerbung ohne den Kreis zu stellen. Weitere 3 Tage später habe die Stadt eine Bewerbung verworfen, da die Lebenshilfe als Kooperationspartnerin abgesprungen sei.

Erst seit der letzten Woche werde intern wieder eine Bewerbung des Kreises erwogen. Deshalb sei die Erstellung einer Vorlage mit konkreten Einzelheiten nicht möglich gewesen. Herr Luckow wird im 1. Halbjahr schnellstmöglich umfangreich informieren, wenn eine Bewerbung erstellt werden konnte.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Schmidt erklärt Herr Luckow, dass bis zum 31.01.22 ein Kooperationspartner gefunden werden und das Projekt beschrieben werden müsse. Das Land und die Aktion Mensch würden bis Ende März die Modellkommunen auswählen. Bis Juli müsse eine detaillierte Projektbeschreibung vorliegen, um das Projekt beim Land Schleswig-Holstein einzureichen.

Herr Holthaus spricht sich dafür aus, die Möglichkeit der Fördergelder auf jeden Fall zu nutzen. Herr Mann äußert, dass bereits viel Arbeit ohne ein politisches Votum investiert worden sei. Gleichwohl halte er das Projekt für sehr interessant. Eine Vorlage zu Sitzung wäre sinnvoll gewesen, damit die Fraktionen sich inhaltlich vorbereiten können. Herr Luckow teilt mit, dass eine frühere Information aus terminlichen Gründen nicht möglich gewesen sei. Das Projekt sei dem Kreis erst Mitte Oktober bekannt geworden. Herr Stankat ergänzt, dass bisher noch nicht allzuviel Arbeit geleistet worden sei. Die Netzwerke seien vorhanden. Nach dem Bekanntwerden des Projektes habe es keine weitere Sitzung des Sozialausschusses gegeben.

Herr Dr. Schmidt fasst zusammen, dass es seitens der Ausschussmitglieder ein positives Meinungsbild zum Projekt gebe.

TOP

[Siehe Anlage.](#)